

Heute tagt der ESM-Gouverneursrat in Luxemburg und will den ersten Tätigkeitsbericht verabschieden

Feuerwehrmann der Eurozone

Klaus Regling, geschäftsführender Direktor des European Stability Mechanism (ESM), im Gespräch

INTERVIEW: PIERRE LEYERS
UND MARC SCHLAMMES

European Stability Mechanism – ESM: Hinter diesen drei Buchstaben verbirgt sich der Erhalt der Euro-Zone. Mit an Bedingungen geknüpften Notkrediten und Bürgschaften wurden überschuldete Euro-Staaten am Leben gehalten. In den hell und funktional wirkenden Räumlichkeiten am Circuit de la Foire auf Kirchberg kommt heute der Gouverneursrat zusammen, u. a. um den ersten Tätigkeitsbericht zu verabschieden. Zum 8. Oktober 2012 nahm der Europäische Stabilitätsmechanismus offiziell seinen Betrieb auf. Als dauerhafte Institution tritt er immer mehr an die Stelle der vorübergehenden European Financial Stability Facility, kurz EFSF. Klaus Regling, der geschäftsführende Direktor, ist zufrieden mit dem zurückgelegten Parcours, „andernfalls wären Irland und Portugal nicht mehr in der Euro-Zone.“

Der EFSF und der ESM verfügen über 700 Milliarden Euro. Wie geht man mit einem solch voluminösen Vermögen um?

Die 700 Milliarden Euro stellen kein Vermögen an sich dar, sie sind die maximal mögliche Kreditvergabe. Derzeit sind knapp 250 Milliarden Euro an Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Zypern zugesagt, von denen bis dato 200 Milliarden Euro ausgezahlt worden sind. Das heißt, dass diese fünf Staaten weitere 50 Milliarden in Anspruch nehmen dürfen, wenn sie unsere Bedingungen, in erster Linie die Verbesserung der Wirtschaftspolitik, erfüllen. Es existieren zurzeit also 450 Milliarden Euro an ungenutzter Kreditkapazität.

Daneben gibt es das Eigenkapital des ESM ...

... das in einem Jahr 80 Milliarden Euro ausmachen wird. Das ist das eigentliche Vermögen des ESM, es stammt von den 17 Euro-Staaten und wird von uns konservativ investiert, um die ESM-Anleihen am Markt abzusichern.

Die ESM-Vorgängerinstitution EFSF läuft zum Monatsende aus. Wie fällt die Bilanz aus?

Ich wage mal zu behaupten, dass, wenn der EFSF nicht gegründet worden wäre, Irland und Portugal heute der Währungsunion nicht mehr angehören würden. Das ist wohl unser größter Erfolg. Und dass wir es verstanden haben, 2010 binnen kurzer Zeit mit einem kleinen Mitarbeiterstab unserer Aufgabe gerecht zu werden.

Die Wurzeln der Krise, die EFSF und ESM nötig machten, werden gerne in den USA mit der geplatzten Immobilienblase gesehen. Wie steht es aber um EU-interne Verfehlungen und Unzulänglichkeiten?

Eine derart enorme Krise hat immer mehrere Ursachen, auch hausgemachte. Ganz generell müssen sich einige Mitgliedsstaaten

den Vorwurf gefallen lassen, bei der Ausgestaltung ihrer Wirtschaftspolitik nicht genügend Rücksicht auf die Währungsunion genommen zu haben. Es ist nicht in allen Ländern klar genug erkannt worden, dass man in einer Währungsunion einen Teil seiner Souveränität aufgeben muss. Dies wurde im ersten Jahrzehnt der Währungsunion ungenügend berücksichtigt.

Hat man daraus die richtigen Lehren gezogen?

... Genau. Ja, man ist dabei, die richtigen Lehren zu ziehen. Zahlreiche Regeln wurden verschärft, um die Wirtschaftspolitik besser zu koordinieren, d. h., um eine zentral organisierte Geldpolitik mit einer dezentralen, von den Staaten organisierten Haushalts- und Wirtschaftspolitik zu vereinbaren. Heute verfügen wir nun über Mechanismen wie Two-Pack oder Six-Pack oder das Europäische Semester und sind in der Überwachung breiter aufgestellt.

Sie betonen es oft in den letzten Wochen – es gibt Fortschritte im Süden. Doch während Europa sich wirtschaftlich angleicht, driftet es politisch auseinander. An der südlichen Peripherie wenden sich die Menschen von Europa ab. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Das ist sehr beunruhigend. Fortschritte sind da – doch es sind Fortschritte, die die Bevölkerung in diesen Ländern nicht spürt. Der Mehrzahl ist es egal, ob ökonomische Indikatoren wie die Leistungsbilanzdefizite geringer werden oder ob die Wettbewerbsfähigkeit steigt. Kurzfristig spüren sie das ja erst mal nicht.

Langfristig werden die Menschen die Effekte spüren ...

Genau, denn der Arbeitsmarkt reagiert immer nur verspätet. Es ist aber wichtig, dass man als Ökonom sieht, dass es bei den frühen Indikatoren – Wettbewerbsfähigkeit, Lohnstückkosten, Leistungsbilanz – eine Besserung gibt. Wenn es da keine Besserung gäbe, würde auch der Umschwung bei Wachstum und Beschäftigung nicht kommen. Die Bevölkerung spürt derzeit nur, dass die Lage schlecht ist und noch nicht besser wird. Das ist leider auf kurze Frist die Normalität. Wir kennen das auch aus anderen Ländern, die in den vergangenen Jahrzehnten in den großen Krisen vom IWF unterstützt worden sind. In den 80er- und 90er-Jahren gab es mehrere Länder, die massive Anpassungsprobleme hatten, und Geld vom IWF gegen wirtschaftspolitische Auflagen erhielten. Auch dort ist zunächst die Wirtschaftsleistung stark geschrumpft. Die Arbeitslosigkeit ging hoch. Den Menschen ging es erst mal schlechter. Aber durch eine Verbesserung der Wirtschaftspolitik wurde die Grundlage für späteres Wachstum gelegt. Das gilt für Länder wie Indonesien, Brasilien, Türkei.



„Ohne den EFSF würden Irland und Portugal heute der Währungsunion nicht mehr angehören.“

Klaus Regling



(FOTOS: MARC WILWERT)

Diese Länder gehören zu den besten Performern der Weltwirtschaft in den letzten fünf Jahren. In ihren Krisenzeiten hatten sie eine aussichtslos scheinende Situation.

Bis die Besserung eintritt, ist Europa als Union tot.

Dieses Auseinanderdriften sehe ich überhaupt nicht. Es gibt nicht einen linearen Trend – immer weiter auseinander. Vor 13 Jahren galt Deutschland als „the sick man of Europe“. Es ist nicht so, dass die Nordeuropäer immer stark sind und die Südeuropäer immer

schwach. Im Moment ist das so, aber schauen Sie nur auf die Wettbewerbsfähigkeit. Deutschland verliert jetzt bei der Wettbewerbsfähigkeit in einem ganz normalen konjunkturellen Anpassungsprozess. Der Chief economist von Morgan Stanley, Joachim Fels, sagt, Spanien wird das neue Deutschland in der Währungsunion. Da geschieht viel Anpassung. Nicht dieses Jahr, aber mittelfristig und langfristig wird Spanien glänzend dastehen. Das klingt im Moment für viele sehr überraschend, aber die Prognose enthält einen wahren Kern.

Damit die Bürger weiter an Europa glauben, wird vom Gipfel Ende des Monats ein Signal zur Stärkung der sozialen Dimension erwartet. So wie Sie den Zyklus beschrieben haben, wäre es doch zu früh, hinsichtlich Mindestlöhnen und Besserung der Arbeitslosigkeit Versprechungen zu machen.

Es ist wichtig und richtig, dass die Regierungschefs sich mit der sozialen Dimension der Probleme beschäftigen. Das ist, was die Menschen interessiert. Man muss dabei nur aufpassen, dass man keine falschen Erwartungen weckt.

Die USA haben seit Ausbruch der Krise im Jahr 2007 schon 500 Banken geschlossen. In Europa gerade mal eine. Woher stammt dieser Unterschied? Da könnte noch viel Arbeit auf den ESM zukommen.

Das Thema Banken gehört zu den Dingen, die man hätte früher oder besser machen können. Ich denke nicht, dass Europa auch 500 Banken schließen muss. Wir haben eine andere Bankenstruktur als die in den USA. Es schon auffallend, dass trotz der schwersten Krise seit 80 Jahren in Europa offensichtlich ganz andere Lösungen gesucht und gefunden wurden als in den USA. Das zeigt, dass man etwas zaghafter in Europa an dieses Problem herangegangen ist. Die USA haben es einfacher, schließlich sind sie ein Land und bestehen nicht aus 17 souveränen Demokratien wie der Euroraum. Es gibt in den USA zentrale Institutionen, die durchgreifen können. Die großen Banken wurden dort gezwungen, öffentliche Gelder zu akzeptieren und ihr Kapital zu stärken.

Hätte man auch in Europa früher durchgreifen sollen?

Im Bankenbereich sicherlich. Von Land zu Land gibt es Unterschiede, aber insgesamt genießen wir nicht immer die Glaubwürdigkeit an den Märkten, die nötig wäre. Wir erwecken noch den Eindruck, dass wir unsere Bankensituation nicht im Griff haben. Die Märkte haben das Gefühl, dass hier zu langsam agiert wird, und dass es immer noch zu viele Banken gibt, die ihre Kapitalsituation nicht ausreichend gestärkt haben. Der Eindruck besteht, dass die Stresstests in der Vergangenheit zu lasch waren, und dass die nationalen Aufsichtsbehörden bei ihrer Aufgabe

zu sanft waren. Dies mag nicht alles so stimmen, aber es gibt ein Glaubwürdigkeitsproblem. Hätte es die Bankenunion schon zu einem früheren Zeitpunkt gegeben, wäre das gut gewesen.

Immer wenn es um das Thema geht: neue Aufgaben für den ESM bei der direkten Bankenrekapitalisierung, bleiben Sie etwas vage. Hat das einen Grund?

Ja, denn es noch ist nichts entschieden. Die Staats- und Regierungschefs haben eine Möglichkeit der direkten Bankenrekapitalisierung durch den ESM vorgesehen, wenn der gemeinsame Aufseher, die EZB, funktioniert. Beschlüsse zu diesem Thema könnten von der Eurogruppe an diesem Donnerstag gefällt werden.

Sie gehören, gemeinsam mit Premierminister Jean-Claude Juncker, zu den Verfechtern von Eurobonds. Sind diese Instrumente jetzt noch notwendig, wo es den ESM gibt, dessen Hilfen obendrein an Auflagen geknüpft sind?

Unter Eurobonds werden sehr viele Dinge verstanden. Fakt ist, dass EFSF und ESM letztlich bereits eine Art Eurobonds begeben. Es gibt eine gemeinsame Verantwortung für die Rückzahlung, und eine gemeinsame Garantie der Arbeit von EFSF und ESM. Die Eurobonds-Forderung, nach der die Schulden der 17 Euro-Staaten komplett vergemeinschaftet werden, ist heute allerdings politisch nicht umsetzbar, weil die Voraussetzungen dafür fehlen.

ESM und EFSF

Geradezu fieberhaft bemühten sich Europas Staatenlenker, Instrumente zu (er)finden, um der nicht enden wollenden Schuldenkrise doch noch ein Ende zu bereiten: EFSF und ESM, Two-Pack und Six-Pack, Fiskalpakt und Europäisches Semester liegen nun in der gut gefüllten Geschirrkiste.

■ EFSF oder European Financial Stability Facility: Aktiengesellschaft, die im Juni 2010 gegründet wurde mit dem Ziel, die finanzielle Stabilität im Euro-Raum durch Stützung wankender Staaten zu sichern. Bis dato haben fünf Euro-Länder an den EFSF appelliert. Zum Monatsende läuft der EFSF aus. Die zugesagten Hilfen werden allerdings bis zur vereinbarten Frist abgewickelt; die maximale Laufdauer der Kredite beträgt 25 Jahre.

■ ESM oder European Stability Mechanism: Dieser Rettungsmechanismus mit einem Gesamtkapital von 700 Milliarden Euro soll, im Gegensatz zum EFSF dauerhaft funktionieren, in Anlehnung an die Betriebsweise des Internationalen Währungsfonds. Er ist ebenfalls in Luxemburg-Kirchberg beheimatet. Wie beim EFSF wird die Hilfe an strenge Auflagen gekoppelt, die ein vom Schuldenstrudel gepackter Euro-Staat erfüllen muss. Zurzeit sind Hilfskredite über 250 Milliarden Euro zugesagt. Daneben hat der Europäische Stabilitätsmechanismus ein Eigenkapital von 80 Milliarden Euro. (mas)